

Initiativantrag

Initiator*innen:

Titel: Kein Sparen an der Zukunft – dieser Haushalt ist ein Angriff auf Soziales, Jugend und Demokratie

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag weiterleiten:

Antragstext

1 Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für die Jahre 2025 und 2026 stellt die
2 CDU-geführte Minderheitsregierung in Sachsen eine finanzpolitische
3 Weichenstellung zur Abstimmung, die wir als Jusos Sachsen mit aller Schärfe
4 kritisieren. Die geplanten Kürzungen im sozialen Bereich, bei der
5 Demokratieförderung, in der Jugend- und Bildungsarbeit sowie in Zukunftsfeldern
6 wie Klimaschutz und Transformation offenbaren eine tiefgreifende politische
7 Schieflage – und sind Ausdruck eines Sparkurses, der die falschen Prioritäten
8 setzt.

9 Diese Schieflage ist jedoch nicht einfach nur haushaltstechnisch begründet,
10 sondern Ausdruck einer veränderten politischen Haltung der CDU. Es ist richtig,
11 dass dem Land zwei Milliarden Euro fehlen – doch wie mit dieser Lücke umgegangen
12 wird, ist eine politische Entscheidung. Während die SPD bereit wäre, notwendige
13 Investitionen durch eine Kreditaufnahme abzusichern, verweigert sich die CDU
14 dieser Möglichkeit strikt.

15 Die resultierenden Kürzungen treffen nicht zufällig, sie folgen einer Ideologie:
16 Die CDU, getrieben von einem schuldenbremsenfixierten Verständnis von
17 „Haushaltsdisziplin“, nutzt die aktuelle fiskalpolitische Lage, um an den
18 Mitteln für gesellschaftlichen Zusammenhalt, zivilgesellschaftliche Teilhabe und

soziale Infrastruktur den Rotstift anzusetzen. Statt systemische Krisen mit langfristiger Investitionspolitik anzugehen, setzt sie auf Rückzug des Staates, Kaputtsparen und symbolisches Verwalten. Das Ergebnis ist ein Haushalt, der nicht krisenfest, nicht zukunftsfähig und vor allem nicht sozial ist.

Kürzungen sind politisch – und die SPD steht mittendrin

Doch während die CDU diese Linie seit Jahren verfolgt, muss sich die SPD in Sachsen die Frage gefallen lassen, warum sie diesen Kurs erneut mitträgt – statt ihn offensiv herauszufordern. So wie wir es noch im Wahlkampf gemeinsam getan haben. Es ist kein Geheimnis: Viele Sozialdemokrat*innen im Land wissen selbst, dass dieser Haushalt der eigenen Grundhaltung widerspricht. Der Widerstand in den eigenen Reihen ist da. Die Kritik an den Kürzungen ist laut – aus Sozialverbänden, Jugendverbänden, der Zivilgesellschaft. Und dennoch fehlt der klare Bruch mit dieser Politik.

Die SPD in Sachsen befindet sich in einer gefährlichen Zwischenposition: Sie erkennt die falschen Weichenstellungen, aber sie zieht keine Konsequenzen daraus. Sie weiß, dass dieser Haushalt Menschen im Stich lässt – aber sie stimmt ihm dennoch zu. Sie ist nicht die treibende Kraft hinter den Kürzungen, aber sie wird zur mitverantwortlichen Komplizin, wenn sie sich weiter wegduckt.

Diese Mischung aus Loyalität zur Koalition und fehlender Konfliktbereitschaft mit der CDU droht den sozialen Markenkern der Sozialdemokratie in Sachsen nachhaltig zu beschädigen

– und sie langfristig politisch zu marginalisieren. Vor allem mit Blick auf die Entwicklungen rund um die Koalitionsbildung im Bund. Wer sich in einer Minderheitsregierung der CDU unterordnet, ohne selbst soziale Konflikte zu führen, macht die SPD zur bloßen Verwalterin eines rechten Kurses, den sie eigentlich ablehnt.

Zukunft retten heißt investieren – nicht verwalten

Dabei gäbe es allen Grund, jetzt in die Konfrontation zu gehen. Denn die geplanten Kürzungen treffen genau jene Bereiche, in denen Sachsen strukturell schwach aufgestellt ist – und die gleichzeitig das Rückgrat einer solidarischen Demokratie bilden:

? Die **Demokratieförderung** wird gekürzt, während rechte Netzwerke in Sachsen gezielt Zivilgesellschaft und politische Bildung angreifen. Anstatt die demokratische Immunabwehr zu stärken, lässt dieser Haushalt antifaschistische

und antirassistische Arbeit ausbluten.

? Die **offene Kinder- und Jugendarbeit** wird ausgedünnt – in einer Zeit, in der junge Menschen sich von Politik und Institutionen zunehmend entfremdet fühlen und gleichzeitig massive psychische und soziale Belastungen tragen.

? Die **soziale Infrastruktur**, die ohnehin unterfinanziert ist, wird weiter geschwächt: soziale Zentren, Beratungsstellen, queere Anlaufpunkte, Teilhabeprojekte. Diese Orte sichern Teilhabe und Lebensqualität, insbesondere im ländlichen Raum.

? Auch **Investitionen in Klima, Bildung und digitale Infrastruktur** bleiben aus oder werden verschoben – obwohl genau hier die Zukunftsfähigkeit Sachsens entschieden wird. Die Transformation wird vertagt, anstatt gestaltet.

Eine ausbleibende Erhöhung der Mittel stellt für uns dabei nichts anderes als eine faktische Kürzung dar. Denn bei steigenden Preisen, Mieten und Personalkosten bedeutet gleichbleibende Finanzierung zwangsläufig weniger Handlungsspielraum – und damit weniger Leistung für die Menschen, die darauf angewiesen sind.

Ein weiteres Alarmsignal des vorliegenden Haushaltsentwurfs sind die geplanten Kürzungen

bei den Fördermitteln für Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Gerade in Zeiten, in denen

rechtsradikale Ideologien und Geschichtsrevisionismus wieder an Boden gewinnen, ist die

Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit von immenser Bedeutung für die Stärkung

der Demokratie und die Prävention von Rechtsextremismus. Gedenkstätten leisten hier

einen unverzichtbaren Beitrag durch Bildung und Vermittlung. Die geplanten Kürzungen

gefährden diese wichtige Arbeit und senden ein fatales Signal. Dies betrifft in besonderem

Maße die Gedenkstätte KZ Sachsenburg, als einziges erhaltenes frühes Konzentrationslager in Sachsen, dessen historische Bedeutung für das Verständnis der NS-Zeit herausragend ist

Der geplante **Sachsenfonds** ist eine richtige und notwendige Antwort auf die massiven Investitionsbedarfe in Sachsen. Langfristige Mittel für Infrastruktur, Bildung und Transformation sind längst überfällig. Doch damit dieses Instrument wirklich einen Fortschritt darstellt, braucht es eine klare Ausgestaltung – sozial gerecht, parlamentarisch kontrolliert und klimapolitisch sinnvoll.

Bisher bleibt unklar, wie die Mittel verteilt werden, welche sozialen

Prioritäten gelten und wie demokratische Mitbestimmung konkret aussehen soll.
Wenn mit dem Fonds investiert wird, während im Kernhaushalt an Jugend, Soziales und Demokratie gekürzt wird, dann wird Zukunft gegen Gegenwart ausgespielt – und das lehnen wir ab.

Auch der geplante Rückgang der Investitionsquote im Haushalt auf 12,6 % widerspricht dem Anspruch des Fonds. Ein Sondervermögen darf kein Feigenblatt für Austerität sein. Es muss den Kernhaushalt ergänzen – nicht ersetzen.

Wir Jusos Sachsen unterstützen den Sachsenfonds, wenn er demokratisch gesteuert, sozial priorisiert und ökologisch ausgerichtet wird. Alles andere wäre keine Investition in die Zukunft, sondern ein Umweg an ihr vorbei. Die neue Möglichkeit für die Länder, Kredite bis zu 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufzunehmen, muss ebenfalls in vollem Ausmaß genutzt werden. Der Widerstand der CDU muss gebrochen werden.

Wir fordern: Soziale Politik braucht Mut zur Konfrontation

Wir wissen: Die SPD hat in dieser Regierung keine Mehrheiten, um alleine durchzuregieren. Aber sie hätte alle Legitimation, diese Kürzungslogik offen anzugreifen, Alternativen aufzuzeigen und sich klar an die Seite derer zu stellen, die von dieser Politik abgehängt werden. Eine Minderheitsregierung zwingt zur Auseinandersetzung – nicht zur Selbstverleugnung.

Wir Jusos Sachsen sagen klar: Dieser Haushalt ist ein politisches Signal in die falsche Richtung. Und es ist die Aufgabe der SPD, diesem Signal mit aller Deutlichkeit zu widersprechen.

Wir fordern von unserer Fraktion, dass sie sich aus der ideologischen Umklammerung der CDU befreit – und endlich wieder aus einer Position der eigenständigen sozialdemokratischen Programmatik agiert. Das bedeutet konkret:

Wir fordern:

- 1. Ein offensives Eintreten für soziale Investitionen statt Sparpolitik.** Wir fordern die SPD-Fraktion auf, einen Gegenvorschlag für einen sozialen, zukunftsgerichteten Haushalt zu erarbeiten – gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, mit Verbänden und progressiven Kräften im Parlament.
- 2. Eine klare Absage an die Schuldenbremse als politisches Dogma.** Wir fordern eine sozialdemokratische Finanzpolitik, die wieder Prioritäten setzt: in Bildung, sozialer Infrastruktur, demokratischer Teilhabe, Klimagerechtigkeit und Transformation. Investieren statt kaputtsparen – jetzt!
- 3. Die Stärkung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Strukturen in**

Sachsen, einschließlich einer dauerhaften und bedarfsgerechten Finanzierung der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit. Kein Cent darf bei Demokratieförderung, Antifaschismus, Jugendarbeit und politischer Bildung und der so wichtigen Erinnerungsarbeit gekürzt werden. Im Gegenteil: Diese Strukturen brauchen eine dauerhafte, aufwuchsfähige Finanzierung, um ihre Arbeit nachhaltig zu leisten. Wir fordern daher die sofortige Rücknahme der geplanten Kürzungen der Fördermittel für Gedenkstätten und Erinnerungsorte sowie die Prüfung und Umsetzung von Möglichkeiten zur Aufstockung dieser Mittel.

4. Eine politische Strategie gegen den Rechtstrend in Sachsen. Wer rechte Diskurse nicht nur bekämpfen, sondern langfristig zurückdrängen will, muss soziale Sicherheit schaffen, demokratische Bildung stärken und marginalisierte Gruppen empowern. Diese Strategie beginnt beim Haushalt – oder sie scheitert.

5. Den sächsischen Kommunen den finanziellen Handlungsspielraum zu ermöglichen, den diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen
Nur handlungsfähige Kommunen sind in der Lage Investitionen in Soziales und Klimaschutz zu tätigen und den Menschen in allen Regionen eine Perspektive zu geben.

Wir stehen an einem Scheideweg: Entweder Sachsen spart sich in eine gesellschaftliche Spaltung hinein, oder es setzt auf eine solidarische, demokratische und gerechte Zukunft. Die SPD muss jetzt den Mut haben, sich zu entscheiden – für die Menschen, für soziale Sicherheit, für die Demokratie.

Als Jusos Sachsen fordern wir unsere Partei auf, diesen Haushalt nicht ohne Widerstand mitzutragen. Wir fordern eine Rückbesinnung auf den sozialdemokratischen Gestaltungsanspruch – und den Mut, Konflikte auszutragen, wenn es um die Grundfragen des Zusammenlebens geht. Die Zeit der faulen Kompromisse ist vorbei.

Es geht um die Zukunft dieses Landes. Morgen gehört uns.